

Islamkonferenz reformieren, Organisationen bei der Emanzipation stärken und auf eigene Beine stellen

Unser Religionsverfassungsrecht ist offen für alle Religionen. Mit dem Grundgesetz ist eine Ungleichbehandlung nicht-christlicher Religionsgemeinschaften unvereinbar. Die Frage, ob, islamische Verbände oder andere, durch Einwanderung in Deutschland sesshaft werdende religiöse Gruppierungen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden oder ein Anspruch auf Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts besteht, soll anhand (vorhandener) objektiver Kriterien entschieden werden. Das Grundgesetz und die Länderverfassungen sind dabei der Maßstab.

Jenseits plakativer Formulierungen, dass der Islam zu Deutschland gehöre, wollen wir erreichen, dass die Organisationen der Muslime hier vollständig ankommen, emanzipiert von den Herkunftsländern sind und finanziell auf eigenen, sicheren Füßen stehen. Dies ist die unabdingbare Basis. Hierzu muss im ersten Schritt der Rahmen festgelegt werden, wer Partner sein kann und wer nicht. Es darf kein Zweifel daran aufkommen, dass Menschen- und Grundrechte wie Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit der Wissenschaft, der Kunst und der Kultur nicht verhandelbar sind. Einen Generalverdacht gegenüber Organisationen der Muslime darf es dabei nicht geben.

Wir sehen es als staatliche Aufgabe an, dass die Förderung von Organisationen so geregelt wird, dass die Unabhängigkeit vom Ausland gewährleistet ist. Es muss nicht über direkte „Kirchensteuern“ bewerkstelligt sein, da gerade muslimische Organisationen fast komplett nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind. Organisationen, die sich an die festgelegten Rahmenbedingungen der Bundesregierung halten, bspw. Offenlegung der Finanzierungsquellen, Einsatz von Imamen mit einer Ausbildung an deutschen Hochschulen, sollten staatliche Mittel bekommen.

Die Forderung, man müsse sich frei machen von den ausländischen Einflüssen, bleibt abstrakt und ist nur ein erhobener Zeigefinger, aber keine helfende Hand. Die Islamkonferenz wäre das richtige Gremium, die einen Weg aufzeigen könnte. Aber in der heutigen Form ist sie dazu kaum geeignet. Wir erwarten von einer neuen Bundesregierung eine Reform der Islamkonferenz, denn sie versagt aktuell und die Organisationen der Muslime werden in ihrer bequemen Nische gelassen. Der Fokus auf die große Mehrheit der Muslime, welche nicht in Verbänden organisiert sind, fehlt aktuell vollkommen. Es braucht als ersten Schritt eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung finanzieller Zuwendungen aus dem Ausland an Religionsgemeinschaften und Vereine. Anschließend braucht es eine Strategie, wie die Finanzierung in Deutschland selbst gewährleistet werden kann.